

# FÜR FRIEDENSWISSENSCHAFTEN!

## POSITIONEN DER HAMBURGER UNIVERSITÄT UND STUDIERENDENSCHAFT

### Universität Hamburg für internationale Solidarität

Beschluss des Akademischen Senats der Universität Hamburg vom 5. Juni 2025 auf Antrag akademischer Mittelbauvertreter:innen

Am 12. und 13. April 2025 hat an der Universität Hamburg die Konferenz für Wissenschaftsfreiheit und internationale Solidarität unter dem Motto „Academia Under Attack“ stattgefunden. Auf ihr wurde zwei Tage lang in insgesamt fünf Panels mit über 300 Teilnehmer:innen über die aktuelle verheerende Lage im Bildungswesen in Gaza, die gegenwärtige Situation der Wissenschaftsfreiheit an deutschen Hochschulen, die Auswirkungen der Militarisierungsbestrebungen, die Rolle der Medien und über Perspektiven internationaler wissenschaftlicher Kooperation, die zu Deeskalation und Frieden beitragen, beraten (vgl. [www.academia-under-attack.org](http://www.academia-under-attack.org)).

Mit der Abschlusserklärung, die mit großer Mehrheit verabschiedet wurde, sind unsere Universitäten dazu aufgerufen worden, wissenschaftliche Partnerschaften mit palästinensischen Institutionen und Kolleg:innen aufzubauen, um den Austausch und die Zusammenarbeit zwischen deutschen und palästinensischen Wissenschaftlern und Studierenden zu fördern und scholars-at-risk-Programme aufzulegen, die es palästinensischen Wissenschaftlern und Studierenden ermöglichen, ihre Arbeit fortzusetzen. Darüber hinaus wurde(n) ein Plan und unmittelbare Anstrengungen zum Wiederaufbau der zwischenzeitlich zerstörten Bildungs- und Wissenschaftseinrichtungen gefordert sowie die Einrichtung eines Zentrums für Palästina-Studien in Deutschland, um die Kenntnis über die Geschichte und Gegenwart Palästinas zu verbreitern und zu sichern.

Diese Forderungen wurden auch durch die Hamburger Zivilgesellschaft, hier die Deutsch-Palästinensische Gesellschaft, dem Hamburger Senat übermittelt und das Präsidium der Universität davon in Kenntnis gesetzt.

Vor diesem Hintergrund möge der Akademische Senat beschließen:

Der Akademische Senat bittet das Präsidium,

– sich gegenüber der Wissenschaftsbehörde und dem Senat der Freien und Hansestadt Hamburg dafür einzusetzen, dass Studienplätze und Stipendien für palästinensische Studierende bereitgestellt und bekannt gemacht werden. Darüber hinaus möge sich bei der

Bundesregierung dafür eingesetzt werden, dass die entsprechenden Visa unbürokratisch und zeitnah erteilt werden.

– sich innerhalb der Hochschulrektorenkonferenz dafür einzusetzen, dass bundesweit Initiativen zur Unterstützung palästinensischer Kommiliton:innen und Kolleg:innen ergriffen werden – etwa in Form von Stipendienprogrammen, Finanzierung von Studiengebühren, digitalen Lehr-/Lernangeboten und Summer Schools.

Begründung:

Alle 12 Hochschulen im Gaza-Streifen sind inzwischen zerstört worden (vgl. <https://www.educationcluster.net/country/occupied-palestinian-territory>). Ohne zuverlässige Versorgung mit Elektrizität ist selbst ein Online-Studium kaum zu realisieren. Für die jungen Menschen in Gaza bedeutet dies nicht nur den Verlust ihrer Ausbildungs- und Entwicklungschancen, sondern auch den Verlust ihrer Zukunft. Eine ganze Generation wird ihrer Perspektiven beraubt, bleibt in Isolation gefangen und ist zutiefst traumatisiert. Die Möglichkeit, den Gaza-Streifen zu verlassen, um ihr Studium anderswo fortzusetzen, ist den Studierenden versperrt.

Besonders tragisch ist, dass die palästinensischen Universitäten einst ein leuchtendes Beispiel für den Nahen Osten waren. Mit dem höchsten Anteil an Hochschulabsolventinnen und Hochschulabsolventen in der Region setzte Palästina Maßstäbe, nicht zuletzt durch den bemerkenswert hohen Anteil weiblicher Studierender, der über 60 % betrug (vgl. <https://fobzu.org/education-in-palestine/>). Diese Errungenschaften sind nicht nur Zeichen eines tief verwurzelten Bildungsstrebens, sondern auch Ausdruck der Hoffnung und des Potenzials einer ganzen Gesellschaft.

Es ist unsere gemeinsame Verantwortung, nicht wegzuschauen. Eine Generation von Talenten, Träumen und Perspektiven darf nicht verloren gehen. Bildung ist nicht nur ein Schlüssel zur persönlichen Entwicklung, sondern auch zur Wiederherstellung von Frieden und Gerechtigkeit.

Andere Hochschulen haben bereits vergleichbare Programme initiiert, wie etwa die University of Oxford [...].

# Universität und Studierendenschaft für sofortigen Waffenstillstand und eine politische Konfliktlösung

Beschluss des Studierendenparlaments vom 20. Juni 2024 auf Antrag von u.a. CampusGrün

*„Da Kriege im Geist der Menschen entstehen, muss auch der Frieden im Geist der Menschen verankert werden. [...] Die weite Verbreitung von Kultur und die Erziehung zu Gerechtigkeit, Freiheit und Frieden sind für die Würde des Menschen unerlässlich und für alle Völker eine höchste Verpflichtung, die im Geiste gegenseitiger Hilfsbereitschaft und Anteilnahme erfüllt werden muss. Ein ausschließlich auf politischen und wirtschaftlichen Abmachungen von Regierungen beruhender Friede kann die einmütige, dauernde und aufrichtige Zustimmung der Völker der Welt nicht finden. Friede muss - wenn er nicht scheitern soll - in der geistigen und moralischen Solidarität der Menschheit verankert werden.“*

Aus der Präambel der Verfassung der Organisation für Bildung, Wissenschaft und Kultur der Vereinten Nationen (UNESCO), 1945.

Wir fordern einen sofortigen Waffenstillstand und insbesondere ein Ende der Angriffe auf zivile Ziele. Die mutwillige Zerstörung von Schulen und Universitäten, Museen, Kulturstätten, Krankenhäusern und Flüchtlingsunterkünften ist international geächtet. Die gezielten Angriffe der IDF auf die Bildungsinfrastruktur sind Grund für die Befürchtung eines „Scholasticides“ an der palästinensischen Gesellschaft. Unter den Bomben ist das Hochschulsystem in Gaza gegenwärtig kollabiert.

Der palästinensischen sowie der israelischen Zivilbevölkerung, den Akademiker:innen, den Kulturschaffenden und Intellektuellen, die sich trotz allem weiter für einen Frieden einsetzen, gilt unsere besondere Solidarität.

Allein in Gaza gab es bis vor kurzem 17 Hochschulen mit über 85.000 Studierenden auf etwas über 2 Millionen Einwohner. Die Rate an tertiären Bildungsabschlüssen entsprach derjenigen in Deutschland. Das Bildungssystem ist unter widrigsten Bedingungen so auf- und ausgebaut worden, dass nur 2,6 % der Bevölkerung nicht alphabetisiert sind, weit weniger als im weltweiten Durchschnitt.

Die Entwicklung des Bildungssystems sowie die auf Bildung, Wissenschaft und Künsten gründende Entfaltung gebildeter Persönlichkeiten unter zivilen Bedingungen, in akademischer Freiheit und mit den erforderlichen materiellen Grundlagen sind wesentliche Bedingungen für die Entwicklung palästinensischer Staatlichkeit und einer politischen Konfliktlösung für einen gerechten Frieden mit Israel.

Wir fordern die Mitglieder der Universität, alle Gremien und ihre Leitung auf, sich der Forderung nach einem sofortigen Waffenstillstand anzuschließen.

Solidarität sollte darüber hinaus geübt werden durch den systematischen Aufbau von Stipendienprogrammen für Studierende, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler auf universitärer Ebene und auf Ebene der Wissenschaftsstiftungen und des DAAD.

Wir fordern den Auf- und Ausbau akademischer Kooperationen zu zivilen wissenschaftlichen Zwecken auf gleicher Augenhöhe mit Bildungs- und Kulturinstitutionen in Palästina. Anzustreben sind, zur Förderung von Verständigung und Frieden auch trilaterale Wissenschaftskooperationen mit israelischen Hochschulen.

Die bestehenden Partnerschaften und Zusammenarbeit der Universität Hamburg und ihrer Mitglieder mit anderen Wissenschaftsinstitutionen soll ausschließlich zivilen Zielen und der Förderung von Humanität und der Unteilbarkeit des Menschenrechts dienen.

Wir fordern, Wege zu finden, die palästinensischen Studierenden und Lehrenden in der Wiederaufnahme von Online-Angeboten, im Wiederaufbau ihrer Hochschulen und Bildungsgänge zu unterstützen.

Wir fordern, Wege zu finden, mit den wissenschaftlichen Mitteln der Universität und des Universitätsklinikums die medizinisch-humanitäre und besonders die mentale Gesundheit der Kolleginnen und Kollegen sowie der Kommilitoninnen und Kommilitonen in Gaza zu verbessern.

Wir fordern alle dazu auf, sich wissenschaftlich an der Aufklärung der Verbrechen in diesem Krieg, ihrer völkerrechtlichen Ahndung und vor allem der Forschung an Konfliktsachen und Friedensursachen sowie an der Friedensbildung zu beteiligen.

Dafür ist im wissenschaftlichen Diskurs die vollständig realisierte Wissenschaftsfreiheit, eingebettet in die Grund- und Menschenrechte, mit Leben zu füllen. Das Festhalten an nicht einmal durch wissenschaftlichen Diskurs weiterentwickelnden Definitionen widerspricht den Lebensbedingungen akademischer Freiheit und Erkenntnisgewinns, die wir für jede Universität und Wissenschaft für elementar halten.

Wir, die Studierendenschaft, sehen in dieser Verantwortungsübernahme einen notwendigen Beitrag der gesamten Universität eine friedliche und menschenwürdige Welt herorzubringen.

✉ [kontakt@campusgruen-hamburg.de](mailto:kontakt@campusgruen-hamburg.de)

🌐 [www.campusgruen-hamburg.de](http://www.campusgruen-hamburg.de)

📷 [campusgruen.hamburg](https://www.instagram.com/campusgruen.hamburg)

Campus **GRÜN**  
Uni Hamburg